

Antrag auf Förderung der langjährigen Stilllegung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu Zwecken des Umweltschutzes

Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter
Ober den Geschäftsführer der Kreisstelle als Landesbeauftragter im Kreise

Adress-/Unternehmensnummer

Einreichungsfrist
15. 5. 2000..

Eingangsstempel

Hinweis

Der Antrag kann nur **bearbeitet werden**, wenn die Angaben vollständig sind und der Antrag rechtzeitig eingereicht wird. Außerdem müssen **sämtliche Anlagen**, mit denen die Beihilfen beantragt werden, unterschrieben sein. Die Bearbeitung des Antrages erfolgt mit Hilfe der EDV.

Telefon	Telefax	Konto-Nr.
Kreditinstitut	BLZ	

2. Sitz des Unternehmens (falls nicht Wohnort):

Straße	PLZ, Ort
--------	----------

3. Vertretungsberechtigte / Vertretungsberechtigter: 1

Name, Vorname
Straße
PLZ, Ort

4. Förderung der langjährigen Stilllegung

Ich / wir **beantrage(n)** eine Zuwendung zur langjährigen Stilllegung für die in der Flächenauflistung aufgeführten Acker- und / oder Grünlandflächen:

	Flächensumme ha aus Anlage 1 A ²	Prämie DM / ha ³	Gesamtprämie je Jahr in DM ⁴
Ackerflächen ⁵			
Grünlandflächen ⁶			

Die durchschnittliche Ertragsmesszahl (EMZ) meines / unseres Betriebes beträgt gemäß landwirtschaftlichem Einheitswertbescheid Punkte.

¹ Die Vollmacht ist auf einem **zusätzlichen** Blatt **beizufügen**.

² Bitte mit 4 Nachkommastellen angeben.

³ Bis zu einer durchschnittlichen EMZ von 35 Punkten je ha Ackerfläche 600 DM / 306 Euro (+ 15 DM / 7,5 Euro je weiteren EMZ-Punkt),
je ha Grünland 300 DM / 153 Euro (+ 10 DM / 5 Euro je weiteren EMZ-Punkt).

Die Prämie je ha erhöht sich **für** jeden weiteren durchschnittlichen EMZ-Punkt um den in Klammern genannten Betrag.

Die durchschnittliche EMZ errechnet sich i.d.R. aus dem **landwirtschaftlichen** Einheitswertbescheid:
Durchschnittliche EMZ = (Ackerzahl + Grünlandzahl) / Fläche ohne Hof- und **Gebäudeanteile**.

⁴ Falls die Gesamtprämie weniger als 100 DM / 51 Euro pro Jahr beträgt, wird keine Förderung gewährt.

⁵ Die Flächen **müssen** spätestens vom 31.12.1991 an ununterbrochen als Ackerflächen gedient haben.

⁶ Grünlandflächen und Ackerflächen, die nicht ununterbrochen spätestens seit dem 31.12.1991 als Ackerflächen gedient haben, können nur gefördert werden, soweit deren Stilllegung der Schaffung von Übergangsflächen an Gewässern, Wald- und Wegrändern oder anderen ökologisch sensiblen Gebieten dient.

- 7861** Ich verpflichte **mich**, spätestens beginnend mit dem **1.7.200.** die in der Flächenauflistung näher bezeichneten Streifen, Teil- und Restflächen bzw. ganzen Flächen wie dort angegeben für die Dauer von 10 Jahren - im Einzelfall bei
- der Anlage von Biotopen für die Dauer von 20 Jahren - stillzulegen.

Folgende Anlagen habe ich beigelegt:	Bitte ankreuzen	Nur von der Kreisstelle auszufüllen!	
		vollständig J/N	plausibel J/N
Flächenauflistung langjährige Stilllegung (Anlage 1 A)			
Flächenverzeichnis (ggf. nur beantragte Flächen) und Mantelbogen des Antrages auf Beihilfen für die Landwirtschaft 200.. (sofern bei der Kreisstelle noch nicht vorliegend)			
Stilllegungsskizzen für stillgelegte Teilstücke und Randstreifen zur eindeutigen Identifizierung der Stilllegungsfläche in der Flur			
Bei Stilllegung von Pachtflächen Nachweis der Nutzungsrechte (Anlage 1 B)			
Einheitswertbescheid oder bei Pachtbetrieben , für die kein Einheitswertbescheid vorliegt , Katasterunterlagen der Antragsflächen mit der Ertragsmesszahl			
Bestätigung der Unteren Landschaftsbehörde, dass die Stilllegung mit den Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes im Einklang steht Nur im Falle der Stilllegung von Streifen von mehr als 20 m Breite, von Teilflächen oder ganzen Flächen von mehr als 0,25 ha (Anl. 1 C)			

Die nachfolgend aufgeführten Verpflichtungen und Erklärungen (Nr. 5 - 7) dieses Antrages erkenne ich an.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers

Nur von der Kreisstelle auszufüllen!	
Die Sichtprüfung ist erfolgt.	Antrag erfasst
Der Antrag wird zur Erfassung freigegeben.	
Datum, Unterschrift der Prüferin / des Prüfers	Datum, Unterschrift der Erfasserin / des Erfassers

Verpflichtungen, **Erklärungen** und Einverständnis der Antragstellerin / des Antragstellers

5 Verpflichtungen

Ich / wir **verpflichte(n) mich** / uns,

- 5.1 die in den "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der langjährigen Stilllegung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu Zwecken des Umweltschutzes" genannten Bedingungen einzuhalten, insbesondere die Verpflichtungen
 - 5.1.1 für die Dauer von 10 Jahren bzw. 20 Jahren, spätestens beginnend mit dem 1.7.200.. bis 30.6.200.. die in der Flächenauflistung (Anlage 1 A) näher bezeichneten Streifen, Teil- und Restflächen bzw. ganzen Flächen stillzulegen und auf diesen Flächen
 - 5.1.2 keine landwirtschaftliche Erzeugung zu betreiben oder durch Dritte zuzulassen, insbesondere den Aufwuchs weder zu veräußern noch zu verfüttern, wobei mir bekannt ist, dass die Bewilligungsbehörde im Einzelfall eine Verwertung des aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes abzufahrenden Mähguts im betriebseigenen Kreislauf gestatten kann,
 - 5.1.3 keinen Flächenumbruch und keine mechanische Bodenbearbeitung vorzunehmen,
 - 5.1.4 keine Düngemittel und andere Stoffe nach § 1 Düngemittelgesetz oder Abwasser, Klärschlamm, Fäkalien und ähnliche Stoffe aus Siedlungsabfällen und vergleichbare Stoffe aus anderen Quellen, auch wenn sie weiterbehandelt oder untereinander gemischt wurden, im Sinne des § 1 Nr. 2a des Düngemittelgesetzes auszubringen oder zu lagern,
 - 5.1.5 keine Pflanzenschutzmittel auszubringen,
 - 5.1.6 nicht zu beregnen und keine Meliorationsmaßnahmen durchzuführen,
 - 5.1.7 zur Verhinderung der Erosion, der Auswaschung von Nitrat, zur Stärkung der Selbstregulationsfähigkeit und zur Förderung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren
 - Sukzession (Selbstbegrünung) auf den stillgelegten Flächen zuzulassen oder
 - eine standortangepasste Begrünung (insbesondere keine Leguminosen) vorzunehmen oder
 - eine Hecke und oder sonstiges Gehölz des jeweiligen Wuchsräume anzupflanzen oder
 - Kleingewässer und Blanken anzulegen,

- 5.1.8 im Falle von Pflegemaßnahmen den Aufwuchs **frühestens** nach dem 1.7. (beim Vorkommen spätbrütender Arten z. B. Weihen nach verbindlicher Mitteilung der zuständigen Bewilligungsbehörde an die Landwirtin / den Landwirt frühestens am 1.8.) eines jeden Jahres zu **mähen**, mulchen oder **schlegeln** und Gehölze nur im Zeitraum vom 1. 10. bis **28.2.** zurückzuschneiden; die **Bewilligungsbehörde** kann in besonderen Fällen die **Antragstellerin / den Antragsteller zu Pflegemaßnahmen verpflichten**, 796^H
00 1
- 5.1.9 keine Stoffe zu lagern und die Flächen keinem Erwerbszweck zuzuführen,
- 5.1.10 die stillgelegten Flächen nicht als Vorgewende und Wege zu nutzen (ein Befahren der stillgelegten Flächen als Zugang zur angrenzenden Nutzfläche, zur Gewässerunterhaltung und zur Durchführung von Pflegemaßnahmen ist **gestattet**, sofern keine anderweitigen Zugangsmöglichkeiten bestehen),
- 5.1.11 jede Änderung, insbesondere jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten sowie jede Änderung des **Umfangs** der geförderten Flächen während des Verpflichtungszeitraumes mit dem Antrag auf Auszahlung der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen,
- 5.2 für die Dauer von mindestens **10 Jahren**, beginnend mit dem 1.7. des Antragsjahres, den Umfang des Dauergrünlandes im Gesamtbetrieb insgesamt außer in den Fällen des Besitzerwechsels, der mehrjährigen **Stilllegung** oder Erstaufforstung derselben nicht zu verringern,
- 5.3 die sich auf die Zuwendungen beziehenden Unterlagen für die Dauer des Verpflichtungszeitraums und darüber hinaus für weitere fünf Jahre aufzubewahren. Die Aufbewahrungspflicht fängt mit Beginn **des Verpflichtungszeitraumes an**.
- 6 Erklärungen
- Ich / wir **erkläre(n)**, dass
- 6.1 ich / wir **land-** und forstwirtschaftlicher Unternehmer bin / **sind**, die stillgelegten Flächen zum Zeitpunkt der Antragstellung selbst **bewirtschafte(n)** und die stillgelegten Flächen in **Nordrhein-Westfalen liegen**,
- 6.2 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
- Mir / uns ist **bekannt**, dass
- 6.3 es sich bei den **Stilllegungsflächen** um zusammenhängende Flächen von i. d. **R.** mindestens 0,05 ha handeln **muss** und dass bei der Stilllegung von Streifen von mehr als 20 m Breite, Teilflächen oder ganzen Flächen von jeweils mehr als 0,25 ha bei der Antragstellung eine Bestätigung der unteren Landschaftsbehörde vorzulegen **ist**, dass die Stilllegung mit den Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes in Einklang **steht**,
- 6.4 **sich** bei der Anlage von Biotopen und einer entsprechenden Beantragung von Einzelflächen mit der **Anlage** 1 des Antrags der Verpflichtungszeitraum auf insgesamt 20 Jahre **verlängert**, dass die Verpflichtungen und Erklärungen der Nummern **5 – 7** dieses Antrags für die gesamte Verpflichtungszeit von 20 Jahren gelten und dass die Biotopanlage innerhalb der ersten drei Verpflichtungsjahre durchzuführen bzw. durchführen zu lassen **ist**,
- 6.5 bei gepachteten Flächen die Zuwendungsempfängerin / der **Zuwendungsempfänger** bei Antragstellung die Nutzungsrechte auf der stillzulegenden Fläche für den gesamten Bewilligungszeitraum nachzuweisen **hat**,
- 6.6 **sofern** während des Verpflichtungszeitraumes Flächen oder Teile **davon**, für die die Zuwendung gewährt **wird**, auf andere **Personen** über oder **an** meine(n) / **unsere(n)** **Verpächterin / Verpächter** zurückgehen, die für diese Flächen erhaltene **Zuwendung**, außer in Fällen höherer **Gewalt**, vollständig zurückzuzahlen **ist**, wenn der / die **Übernehmer(in)** die eingegangenen Verpflichtungen nicht übernimmt / übernehmen,
- 6.7 die Bestimmungen unter Punkt 6.6 keine Anwendung finden, wenn
- 6.7.1 der / die **Zuwendungsempfänger(in)** die Verpflichtungen bereits **sieben** Jahre **erfüllt** hat, die **landwirtschaftliche** Tätigkeit aufgegeben **wird**, und sich die Übernahme der Verpflichtungen durch eine Nachfolgerin / einen Nachfolger als **nicht** durchführbar **erweist**,
- 6.7.2 die Fläche, für die eine Beihilfe gewährt **wird**, um weniger als 5 v.H. **während** des gesamten Verpflichtungszeitraums verringert **wird**,
- 6.7.3 Flächen infolge von Enteignung und Zwangsversteigerung auf andere Personen **übergehen**,
- 6.7.4 **Flächen** infolge von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz durch wertgleiche Flächen ersetzt **werden**, auf denen die **Zuwendungsempfängerin/der** Zuwendungsempfänger die Maßnahme **fortsetzt**,
- 6.7.5 mit Gebietskörperschaften Pachtverträge mit einer Dauer von weniger als 10 Jahren geschlossen wurden;
- 6.8 sich in den Fällen der Nummern 6.6 und 6.7 die Zuwendung für die Restlaufzeit **entsprechend** dem Umfang der ausscheidenden Flächen verringert,

7861

- 6.9 Flächen im Eigentum des Landes **Nordrhein-Westfalen**, von Kreisen und kreisfreien Städten, Gemeinden und Flächen der **Nordrhein-Westfalen-Stiftung** Naturschutz, Heimat und Kulturpflege sowie Flächen, für die gemäß § 52 des Flurbereinigungsgesetzes auf Landabfindung gegen Geldausgleich verzichtet worden **ist**, nicht förderfähig sind; dass **dies** auch für Flächen von Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie bundeseigene Flächen **gilt**, wenn diese zu Naturschutzzwecken erworben worden sind; dass abweichend hiervon die Bewilligungsbehörde bei landwirtschaftlich genutzten Flächen in öffentlichem Eigentum, die **auch** pachtzinsfrei nicht verpachtet werden **können**, nach den konkreten Umständen des Einzelfalles eine Zuwendung nach diesen Richtlinien gewähren **kann**,
- 6.10 im Falle der Anrechnung der für Umweltschutzzwecke langjährig **stillgelegten** Flächen auf den Umfang der konjunkturellen Flächenstilllegung nach der Verordnung (EG) Nr. **1251/1999** in der jeweils geltenden Fassung die Höhe der Zuwendung für die langjährige Flächenstilllegung **höchstens** dem **Stilllegungsausgleich** nach Art. 4 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. **1251/1999** in der jeweils geltenden Fassung **entspricht**,
- 6.11 eine gleichzeitige Förderung von **Flächen**, die nach anderen Fördermaßnahmen auf der Grundlage der **Verordnung** (EWG) Nr. 2078/92 oder der Verordnung 1257/1999, Kapitel VI, (**Agrarumweltmaßnahmen**), gefördert **werden**, nicht zulässig ist. Dieser **Ausschluss** gilt nicht für den Fall einer Biotopanlage und -pflege gemäß den Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des **Vertragsnaturschutzes**.
- 6.12 Flächen, für die in den letzten zwei Jahren vor Antragstellung ein Vertrag nach dem Schutzprogramm für **Ackerwildkräuter** bestanden **hat**, vor Vertragsende nur nach vorheriger Zustimmung der zuständigen **Bewilligungsbehörde** im Rahmen dieser Förderung stillgelegt werden **können**,
- 6.13 alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das **Belassen** der Zuwendung abhängig **sind**, **subventionserheblich** im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der **Wirtschaftskriminalität**, **1. WiKG**) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (**Landessubventionsgesetz**) vom 24. März 1977 (SGV. NW. 73) **sind**,
- 6.14 die Zuwendungen insbesondere bei der Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie bei **Verstößen** gegen gesetzliche Bestimmungen zuzüglich Zinsen (jährlich 3 v.H. über dem jeweiligen Basiszinsatz nach § 1 **EuroEG** NW) zurückgefordert werden **können**,
- 6.15 falsche Angaben und / oder die Nichteinhaltung der Verpflichtungen Erstattungsansprüche und Sanktionen **gemäß** Nr. 6.6 der Richtlinien auslösen,
- 6.16 **die Bewilligung** der Zuwendung nach festgesetzten Prioritäten vorgenommen werden kann.
- 6.17 sich die EU mit Mitteln des **EAGFL**, Abteilung Garantie, bis zu maximal 50 v.H. der förderfähigen Höchstbeträge **an der Maßnahme beteiligt**,
- 6.18 für alle Zahlungen ab dem 1.1.2002 die in den Richtlinien genannten **Euro-Beträge** gelten.

7 Einverständniserklärungen

Ich / wir bin / sind damit einverstanden, dass

- 7.1 die Angaben im und zum Antrag an die für die Förderung von **Agrar-Umweltmaßnahmen** gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 oder der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 in Nordrhein-Westfalen zuständigen Organe des Landes, des **Bundes** und der EG übermittelt werden **können**, - **ich** bin darüber belehrt **worden**, dass die **Erhebung vorstehender Angaben auf** § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW (SGV. NW. 2010) **beruht**, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung **dient**, und eine Berücksichtigung nur möglich **ist**, **wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck** enthalten sind-,
- 7.2 von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,
- 7.3 **die** zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes nach dem integrierten **Verwaltungs- und Kontrollsystem** in allen geeigneten Fällen zur Entscheidung über den Antrag beizieht,
- 7.4 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen **sowie** die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert **werden können**, dass ich oder meine Vertreterin / mein Vertreter **dem** beauftragten Kontrollpersonal die Flurstücke und Wirtschaftsgebäude bezeichnen und es auf oder in diese **begleiten**, ihnen das **Betretrungsrecht**, das Recht auf die Entnahme von Proben des Aufwuchses sowie des Bodens sowie ein angemessenes Verweilrecht auf **den** Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der **Zuwendungsvoraussetzungen** notwendigen Unterlagen einräumen **muss**,

- 7.5 die Angaben zur Person und zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können und ich über die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen **Widerrufbarkeit** belehrt worden **bin**.
- 8 Die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der langjährigen Stilllegung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu Zwecken des Umweltschutzes in gültiger Fassung sind mir bekannt.

7861